

Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Messung; Ablesung; Zutrittsrecht; Berechnungsfehler

- 1.1 Die gelieferte Energie wird durch Messeinrichtungen nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes festgestellt.
- 1.2 Für die Abrechnung und Abschlagsberechnung dürfen wir die Ablesedaten verwenden, die uns vom Messstellenbetreiber zur Verfügung gestellt werden. Wir können die Messeinrichtungen ablesen oder von Ihnen verlangen, diese selbst abzulesen, wenn dies zum Zwecke der Abrechnung oder Abschlagsberechnung, anlässlich eines Lieferantenwechsels oder bei einem berechtigten Interesse an einer Überprüfung der Ablesung erfolgt. In diesem Fall teilen Sie uns den Zählerstand unter Angabe des Ablesedatums unverzüglich mit. Sie können einer Selbstablesung widersprechen, wenn Ihnen die Ablesung unzumutbar ist.
- 1.3 Eine Ablesung wird mit einer Frist von mindestens einer Woche angekündigt (z. B. Mitteilung an Sie, Aushang im Haus). Sie müssen nach vorheriger Benachrichtigung den mit einem Ausweis versehenen Beauftragten von uns, dem Netzbetreiber oder dem Messstellenbetreiber Zutritt zum Grundstück und zu den Räumen gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen erforderlich ist. Zur Ablesung müssen die Messeinrichtungen zugänglich sein.
- 1.4 Können Grundstück und Räumlichkeiten nicht zum Zwecke der Ablesung betreten werden, werden die Messeinrichtungen trotz vereinbarter Selbstablesung nicht oder verspätet abgelesen oder der abgelesene Zählerstand nicht oder verspätet mitgeteilt, darf der Verbrauch geschätzt werden. Grundlage ist entweder die letzte Abrechnung oder, bei einem Neukunden, der Verbrauch vergleichbarer Kunden. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.
- 1.5 Auf Ihren Wunsch werden wir jederzeit eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40 Abs. 3 MessEG veranlassen. Die Kosten der Prüfung fallen uns zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst Ihnen.
- 1.6 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, zahlen wir den zu viel vereinnahmten Betrag aus oder berechnen die Differenz nach. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, werden wir den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung entweder aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ablesungszeitraums oder aufgrund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung ermitteln. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Bei Berechnungsfehlern aufgrund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zugrunde zu legen.
- 1.7 Ansprüche nach Nr. 1.6 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesungszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden. In diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

2. Abrechnung; Abschlagszahlung

- 2.1 Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Ihr Anspruch aus § 40 Abs. 3 EnWG bleibt davon unberührt.
- 2.2 Wir sind berechtigt, monatliche Abschlagszahlungen zu verlangen, wenn der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet wird.
- 2.3 Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Versorgungsverhältnisses sind zu viel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

3. Zahlung; Zahlungsverzug und -verweigerung; Aufrechnung

- 3.1 Rechnungen und Abschläge werden zum angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig.
- 3.2 Bei Zahlungsverzug dürfen wir, wenn wir Sie erneut zur Zahlung auffordern oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lassen, die dadurch entstandenen Kosten für strukturell vergleichbare Fälle in folgender Höhe pauschal berechnen. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen. Ihnen ist der Nachweis gestattet, solche Kosten seien nicht entstanden oder wesentlich geringer als in der Höhe der Pauschale.
- 3.3 Einwände gegen die Rechnung berechtigen zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, wenn die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers besteht oder sofern der in einer Rechnung angegebene Verbrauch ohne ersichtlichen Grund mehr als doppelt so hoch wie der vergleichbare Verbrauch im vorherigen Abrechnungszeitraum ist und Sie eine Nachprüfung der Messeinrichtung verlangen. Die Kostenlast der Nachprüfung bestimmt sich nach Nr. 1.5. Das Recht aus § 315 BGB bleibt unberührt.
- 3.4 Gegen unsere Ansprüche aus diesem Vertrag dürfen Sie nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen aufrechnen.

4. Haftung

- 4.1 Bei Unterbrechungen oder Unregelmäßigkeiten der Elektrizitätsversorgung, soweit diese ihre Ursache in einer Störung des Netzbetriebes oder des Netzanschlusses haben, sind wir von unserer Leistungspflicht befreit. Satz 1 gilt nicht, wenn die Unterbrechung auf nicht berechtigten Maßnahmen nach Nr. 5.2 und 5.3 beruht.
- 4.2 Ansprüche wegen Schäden durch Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung sind, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber geltend zu machen (§ 18 NAV). Wir werden Ihnen unverzüglich auf Nachfrage alle Informationen weitergeben, die uns im Zusammenhang mit der Schadensursache bekannt sind oder in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.
- 4.3 Bei in sonstiger Weise verursachten Schäden haften wir bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, auch unserer Erfüllungsgehilfen, nach den gesetzlichen Bestimmungen. Das Gleiche gilt bei fahrlässig verursachten Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Bei fahrlässig verursachten Sach- und Vermögensschäden haften wir für uns und unsere Erfüllungsgehilfen nur bei der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht, jedoch der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden; wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägt und auf die Sie vertrauen dürfen.

5. Vorauszahlung; Einstellung der Belieferung; außerordentliche Kündigung

- 5.1 Besteht nach den Umständen des Einzelfalls eine begründete Sorge, dass Sie Ihrer Zahlungspflicht nicht oder nicht vollständig nachkommen, können wir eine Vorauszahlung verlangen. Die Vorauszahlung ist frühestens zum Lieferbeginn fällig. Die Höhe der Vorauszahlung beträgt die für einen Zeitraum von bis zu zwei Liefermonaten zu leistenden Zahlungen. Sie wird für den Vorauszahlungszeitraum aus dem durchschnittlichen Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums und dem aktuellen Vertragspreis ermittelt. Machen Sie glaubhaft, dass Ihr Verbrauch erheblich geringer ausfallen wird, werden wir dies angemessen berücksichtigen. Liegen die Voraussetzungen nach Satz 1 nicht mehr vor, endet der Anspruch auf Vorauszahlung. Statt einer Vorauszahlung können wir auch ein Vorkassensystem einrichten und betreiben.
- 5.2 Wir sind berechtigt, die Lieferung ohne vorherige Androhung durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn Sie in nicht unerheblichem Maß schuldhaft Strom unter Umgehung oder Beeinflussung der Messeinrichtungen verwenden oder dies zulassen (Stromdiebstahl) und die Unterbrechung erforderlich ist, um die weitere unberechtigte Verwendung der Energie zu verhindern.
- 5.3 Eine Einstellung der Belieferung durch Unterbrechung der Anschlussnutzung ist außerdem möglich, wenn Sie sich in Zahlungsverzug mit einem Betrag von mindestens 100,00 € (einschließlich Mahn- und Inkassokosten) befinden. Bei der Berechnung der 100,00 € müssen geleistete Anzahlungen zu Ihren Gunsten berücksichtigt werden. Weiter bleiben nicht titulierte Forderungen von uns außer Betracht, die Sie schlüssig beanstandet haben oder die noch nicht fällig sind. Die Unterbrechung unterbleibt, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere des Zahlungsverzuges stehen oder Sie darlegen können, Ihren Zahlungspflichten vollumfänglich nachkommen zu können. Eine Unterbrechung werden wir spätestens vier Wochen vorher androhen. Die Androhung kann mit der Mahnung verbunden werden, sofern dies nicht außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung steht. Den Beginn der Unterbrechung kündigen wir erneut und spätestens drei Werktage vorher an. Bestehen in Ihrem Haushalt Besonderheiten, die eine

Stromsperre unverhältnismäßig machen, müssen Sie uns das unverzüglich nach Erhalt der Androhungsmitteilung (vier Wochen vor der Sperrung) mitteilen.

5.4 Die Belieferung wird unverzüglich wieder aufgenommen, wenn die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind und die Kosten der Unterbrechung bezahlt sind. Die Kosten werden nach tatsächlichem Aufwand oder für strukturell vergleichbare Fälle pauschal nach Maßgabe des Preisblattes berechnet. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen weisen wir die Berechnungsgrundlage nach. Bei Pauschalen besteht das Recht nachzuweisen, dass die Kosten überhaupt nicht oder nicht in dieser Höhe angefallen sind.

5.5 Der Vertrag kann aus wichtigem Grund von jeder Partei fristlos gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung der Belieferung bei Zahlungsverzug nach Nr. 5.3 wiederholt vorliegen. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus diesem Vertrag, ist die fristlose Kündigung zwei Wochen vorher anzudrohen. Androhung und Kündigung bedürfen der Textform. Der Kündigungsgrund ist in dem Androhungsschreiben und in dem Kündigungsschreiben anzugeben.

6. Änderung des Vertrages und der AGB

6.1 Wir sind verpflichtet, den Liefervertrag und die AGB – mit Ausnahme der Preise – anzupassen und/oder zu ergänzen, wenn dies zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertrages notwendig ist oder wenn das Festhalten am Vertrag ohne neue Regelung für eine Vertragspartei auch unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Vertragspartei eine unzumutbare Härte darstellen würde oder wenn es die Wiederherstellung bzw. Wahrung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung erforderlich macht. Die neue Regelung hat die Belange des Kunden angemessen zu berücksichtigen.

6.2 Sie haben bei Vertragsänderungen das Recht, den Liefervertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen in Textform zu kündigen oder der mitgeteilten Vertragsänderung zu widersprechen. Wir werden Ihnen beabsichtigte Änderungen der Vertragsbedingungen in Textform mindestens sechs Wochen vor dem Wirksamwerden ankündigen und in der Ankündigung auf das Sonderkündigungsrecht und Widerspruchsrecht hinweisen. Erfolgt weder eine Kündigung des Vertrages noch ein Widerspruch gegen die mitgeteilten Vertragsänderungen, so treten diese ab dem in der Ankündigung genannten Zeitpunkt in Kraft. Wir werden Sie in der Ankündigung auf die Bedeutung Ihres Schweigens ebenfalls gesondert hinweisen.

7. Beschwerde-/Streitbeilegungsverfahren für Verbraucher i. S. v. § 13 BGB, § 111a und § 111b EnWG

7.1 Sind Sie mit einer Leistung von uns nicht zufrieden, können Sie sich an uns wenden: Stadtwerke Loitz GmbH, Lange Str. 83, 17121 Loitz, Telefon: 039998 153-24, Fax: 039998 153-29, E-Mail: info@stadtwerke-loitz.de

7.2 Helfen wir Ihrer Beschwerde nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Zugang ab, können Sie sich, wenn Sie ein Verbraucher im Sinne von § 13 BGB sind, an die Schlichtungsstelle Energie e.V., Friedrichstr. 133, 10117 Berlin, Tel. 030 2757240-0, E-Mail: info@schlichtungsstelle-energie.de (www.schlichtungsstelle-energie.de) wenden. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Wir sind zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren verpflichtet.

7.3 Informationen zu Verbraucherrechten sind erhältlich über den Verbraucherservice der Bundesnetzagentur für den Bereich Elektrizität und Gas, Postfach 8001, 53105 Bonn, Tel. 030 22480-500 oder 0228 14-0, E-Mail: verbraucherservice-energie@bnetza.de.

7.4 Verbraucher haben die Möglichkeit, die von der Europäischen Kommission bereitgestellte Online-Streitbeilegungs-Plattform (OS-Plattform) für die Beilegung ihrer Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zu nutzen. Die OS-Plattform kann unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr> aufgerufen werden.

8. Informationen nach § 41 EnWG; zu Energiedienstleistungen und Lieferantenwechsel

8.1 Sie erhalten aktuelle Informationen über geltende Preise und sonstige Entgelte über unsere Internetseite www.stadtwerke-loitz.de und im Kundenzentrum.

8.2 Informationen zu angebotenen Wartungsdiensten und -entgelten sind beim örtlichen Netzbetreiber erhältlich.

8.3 Über Energieeffizienzmaßnahmen oder Energiedienstleistungen können Sie sich unter www.bfee-online.de informieren.

8.4 Ein Lieferantenwechsel erfolgt zügig und unentgeltlich.

9. Datenschutz

9.1 Die zur Durchführung des Vertrages erforderlichen personenbezogenen Daten werden von uns nach den gesetzlichen Maßgaben (BDSG) erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte (z. B. Dienstleistungspartner) erfolgt nur, soweit dies zur Abwicklung des Vertragsverhältnisses (z. B. zu Abrechnungszwecken) notwendig ist.

10. Schlussbestimmungen

10.1 Diese Bestimmungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.

10.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt.